

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 01/ 2010

11. Februar 2010

Staatsregierung verspielt Vertrauen

GEW lehnt einen neuen Bezirkstarifvertrag für die Mittelschulen und Gymnasien ab und fordert erneut Personalentwicklungskonzept für die Schulen

Die sächsische Staatsregierung ist nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft GEW auf dem besten Wege, ihre eigenen Aussagen zur Zukunft des Lehrerberufes zu konterkarieren und damit das Vertrauen von Schülern, Eltern und Lehrern in eine zukunftsorientierte Personalpolitik im Schulbereich endgültig zu verspielen. Anders lassen sich die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Lehramtsstudium und mit der Wiederherstellung des Lehrerberufs als Vollzeitberuf nicht bewerten.

„Die Ankündigung von Finanzminister Unland, die im August 2010 anstehende Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung der Lehrer/innen an den Mittelschulen und Gymnasien nicht bezahlen zu wollen, verdeutlicht nun schon zum wiederholten Male die Konzeptionslosigkeit und Kurzsichtigkeit der Staatsregierung, wenn es um die Personalentwicklung im Schulbereich geht. Statt rechtzeitig Vorsorge für diese lange vorhersehbare Situation zu treffen, wird wieder versucht, die Lehrer/innen und ihre Gewerkschaft öffentlich unter Druck zu setzen und kurzfristig Verhandlungen zu erzwingen, um die eigene politische Unfähigkeit zu kaschieren“, so Sabine Gerold, die Landesvorsitzende der GEW Sachsen.

Enttäuscht ist die GEW-Vorsitzende auch vom Agieren des Kultusministers, der zwar öffentliche Lippenbekenntnisse zum Vollzeitberuf des Lehrers und zur Bedeutung der Nachwuchssicherung abgibt, aber keine eigenen Gestaltungsideen für den anstehenden Generationenwechsel in den Schulen hat, die über einen neuen Solidarappell nach der einfachen Formel „ältere Lehrkräfte macht bitte Platz für die jüngeren“ hinausgehen. Offensichtlich konnte er seinen Kabinettskollegen auch nicht davon überzeugen, dass es für das durch die Vollzeit hinzugewonnene pädagogische Arbeitspotenzial auch einen Bedarf und sehr sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten in den Schulen gibt. Alle dazu von der GEW unterbreiteten Vorschläge – insbesondere zur stärkeren Anerkennung der außerunterrichtlichen Arbeit in den Schulen, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung von Schüler/innen und zur Stärkung der Motivation der Lehrer/innen und auch der Schulleitungen – sind bisher nicht aufgegriffen und ernsthaft geprüft worden. Die GEW ist dazu nach wie vor gesprächsbereit. Der Finanzminister weist jedoch jede Forderung mit der Behauptung, sie verursache „Mehrkosten“ zurück. Sein Maßstab bei der Personalausstattung der Schulen ist das Durchschnittsniveau der westdeutschen Flächenländer, wie es schon der Koalitionsvertrag von CDU und FDP angekündigt hat.

S. Gerold: „Mit einer solchen Ausstattung wird man das hohe Bildungsniveau, das sich der Freistaat gern attestieren lässt und dessen sich auch die Staatsregierung gern rühmt, in absehbarer Zeit verspielen. Es konnte im Übrigen nur erreicht werden, weil die sächsischen Lehrer/innen auf den Schülerrückgang mit einer beispiellosen Solidarität reagiert und sich über einen langen Zeitraum die weniger werdenden Arbeitsplätze und das damit verbundene bezahlte Arbeitsvolumen geteilt haben, ohne ihr Engagement in den Schulen zu verringern. Der Staatsregierung musste dabei jedes noch so kleine Zugeständnis mühevoll abgerungen werden. Bei jeder Haushaltsaufstellung standen Lehrerstellen zur Disposition, kein Landeshaushalt wurde ohne Protestaktionen zur Personalausstattung im Bildungsbereich verabschiedet. Motivierend war diese Politik weder für die jeweils Betroffenen im Schulbereich noch für den potenziellen

Lehrernachwuchs. Damit muss jetzt endlich Schluss sein! Personalausgaben im Bildungsbereich sind keine Mehrkosten, sondern sehr sinnvolle Zukunftsinvestitionen, deren ‚Rendite‘ zukünftige Finanzminister sicher sehr schätzen werden.“

Die GEW erwartet von der Staatsregierung endlich ein Gesamtkonzept der Personalentwicklung für den Schulbereich, das dem Bedarf der Schulen und dem bevorstehenden Generationenwechsel gerecht wird, ohne ältere und jüngere Lehrkräfte gegeneinander auszuspielen. Dazu gehört auch die Absicherung der notwendigen Kapazitäten für die Lehrerausbildung an den Universitäten, in den Praxisschulen und im Vorbereitungsdienst.

Nachfragen möglich unter 0172 – 7990 114 (Frau Gerold)

Hintergrund:

Der im Juni 2005 abgeschlossenen Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung der Lehrkräfte an den Mittelschulen und Gymnasien zwischen der GEW und dem Freistaat Sachsen (gleichlautend auch mit der dbb tarifunion abgeschlossen) endet am 31.07.2010. Finanzminister Unland hat angekündigt, die Tarifpartner zu Sondierungsgesprächen über eine Anschlussregelung einzuladen. Die GEW hat bereits im Sommer 2009 Vorschläge für einen „Generationenvertrag für die sächsischen Schulen“ unterbreitet, die die Sicherung des Lehrernachwuchses durch insgesamt verbesserte Arbeits- und Einkommensbedingungen im sächsischen Schuldienst mit würdevollen Altersübergangsregelungen für ältere Lehrkräfte verbinden. Der Finanzminister hat diese Vorschläge bisher als nicht finanzierbar zurückgewiesen.